

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

April 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Nikoleta Kovachka

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 19. bis zum 25. April 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Arbeitsgruppe von EU-Kommissaren zu Folgen von Vulkanausbruch

Kommissionspräsident Barroso beauftragte Kommissionsvizepräsident Kallas, assistiert durch Kommissionsvizepräsident Almunia und Kommissar Rehn, zusammen mit der spanischen Ratspräsidentschaft und Eurocontrol sowie den zuständigen nationalen Stellen die Folgen der Aschewolken nach dem isländischen Vulkanausbruch zu evaluieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/440&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Start des neuen EPSO-Auswahlverfahrens für künftige EU-Beamte

Am 16.03. gab das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) den Startschuss für das neue Auswahlverfahren; die Zulassungstests finden bis zum 21.05. in Testzentren innerhalb und außerhalb der EU statt. Die Bewerber, die die Zulassungstests erfolgreich durchlaufen haben, werden zu einem Assessment-Center eingeladen. Mehr als 51 000 Bewerber haben sich für dieses Auswahlverfahren angemeldet. Das Durchschnittsalter der Bewerber liegt bei 32,6 Jahren, wobei der Anteil der Frauen 53,5 % und der der Männer 46,5 % beträgt. Die meisten Bewerbungen (56,4 %) sind zum Fachgebiet Europäische Öffentliche Verwaltung eingegangen; 14,2 % der Bewerbungen betrafen das Fachgebiet Recht, 12,4 % das Fachgebiet Wirtschaft, 11,4 % das Fachgebiet Informations- und Kommunikationstechnologien und 5,7 % das Fachgebiet Audit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/452&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

EU für vertiefte Beziehungen mit Ukraine

In seiner Rede in Kiew am 22.04. bekräftigte Kommissar Füle, dass vertiefte Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine in beiderseitigem Interesse lägen. In den laufenden Verhandlungen zur Aufwertung des Partnerschaftsabkommens von 1998 zu einem Assoziationsabkommen, werde eine umfassende Freihandelszone, mit einer Anpassung an die Normen und Standards des EU-Binnenmarkts, angestrebt. Hinzu käme eine Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Justiz, Sicherheit, Menschenrechte und regionale Zusammenarbeit. Langfristig solle auch der Visumzwang für die Ukraine aufgehoben werden. Die EU werde der Ukraine im Rahmen der Östlichen Partnerschaft auch beim Aufbau einer rechtstaatlichen Verwaltung zur Seite stehen und den Reformprozess technisch und finanziell unterstützen. Die EU sei der größte Geber für die Ukraine und habe seit 1991 bereits etwa 2,5 Mrd. EUR Hilfe geleistet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/175&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Außenhandel

1. EU verzeichnet Leistungsbilanzdefizit von 9.2 Mrd. Euro im 4. Quartal 2009

Nach den jüngsten Revisionen verzeichnete die EU27 im vierten Quartal 2009 ein Leistungsbilanzdefizit von 9.2 Mrd. Euro, gegenüber einem Defizit von 54.8 Mrd. im vierten Quartal 2008 und einem Defizit von 23.1 Mrd. im dritten Quartal 2009. Im vierten Quartal 2009 nahm das Defizit beim Saldo des Warenhandels im Vergleich mit dem vierten Quartal 2008 ab (-9,5 Mrd. Euro gegenüber -41,9 Mrd.), sowie das Defizit bei der Einkommensbilanz (-0,1 Mrd. gegenüber -17,5 Mrd.). Der Überschuss bei der Dienstleistungsbilanz fiel (+19,1 Mrd. gegenüber +23,4 Mrd.). Das Defizit bei den laufenden Übertragungen blieb fast stabil (-18,7 Mrd. gegenüber -18,8 Mrd.).

Im vierten Quartal 2009 verbuchte die EU27 Leistungsbilanzüberschüsse mit den USA (+12,3 Mrd. Euro), der Schweiz (+10,0 Mrd.), Brasilien (+3,6 Mrd.), Indien (+2,4 Mrd.), Hongkong (+2,3 Mrd.) und Kanada (+2,1 Mrd.), während sie mit China (-29,8 Mrd.), Russland (-10,3 Mrd.) und Japan (-6,6 Mrd.) Defizite aufwies.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/54&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

2. Kommission fordert mehr Entwicklungshilfe von Mitgliedstaaten

Die Kommission hat am 21.04. einen EU-Aktionsplan über 12 Punkte angenommen, der schnellere Fortschritte bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bringen soll. 2009 sei ein leichter Rückgang bei der EU-Hilfe auf 49 Mrd. EUR zu verzeichnen. Dies entspreche 0,42 % des EU-GNE, womit die EU noch weit davon entfernt sei das gemeinsame Zwischenziel für 2010 von 0,56 % des GNE und 2015 schließlich die Marke von 0,7 % des GNE zu erreichen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, realistische und überprüfbare Jahresaktionspläne für die Erreichung der jeweiligen Zielvorgaben festzulegen und die ersten Pläne noch vor September 2010 zu veröffentlichen. Die Wirksamkeit der Hilfe sollte erhöht werden, indem nationale Hilfsprogramme auf EU-Ebene besser koordiniert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/451&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/147&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr> (Aktionsplan und EU-Statistiken 2009)

3. EU will Entwicklungsdialog mit USA wiederbeleben

Kommissar Piebalgs reiste zu diesem Zweck am 25.04. nach Washington. Der Entwicklungsdialog mit den USA ist seit 12 Jahren unterbrochen. Themen sind Nahrungsmittelsicherheit, Klimawandel und die Millenniums-Entwicklungsziele.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/461&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

1. EU-weite Datenbank für Medizinprodukte soll Marktüberwachung verbessern

Die Europäische Kommission hat am 19.04. einen Beschluss erlassen, der die EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, ab 1. Mai 2011 eine europäische Datenbank für Medizinprodukte (Eudamed) zu verwenden. Eudamed ist ein sicheres Web-Portal für den raschen Informationsaustausch zwischen einzelstaatlichen Behörden. Es wird bereits von mehreren EU-Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis genutzt. Wichtige Daten über ihre Sicherheit (beispielsweise Daten über Konformitätsbescheinigungen bzw. über deren Rücknahme oder Verweigerung, Daten über

klinische Prüfungen oder Berichte über Funktionsstörungen oder Zwischenfälle) würden derzeit nur auf einzelstaatlicher Ebene erhoben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/443&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/medical-devices/market-surveillance-vigilance/eudamed/>

2. Finanzielle Anreize zur Verschreibung günstiger Medikamente zulässig

Anders als von Generalanwalt Nilo Jääskinen vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass nationale Gesundheitsbehörden, um ihre Ausgaben in diesem Bereich zu senken und die Ärzte bei der Behandlung bestimmter Krankheiten dazu zu bewegen, bestimmte bezeichnete Arzneimittel zu verschreiben, die einen anderen Wirkstoff enthalten als das Arzneimittel, das zuvor verschrieben wurde oder das ohne die Anreizregelung möglicherweise verschrieben worden wäre, finanzielle Vorteile anzubieten. Die Behörden müssten jedoch sicher stellen, dass die entsprechende Regelung auf objektiven, nichtdiskriminierenden Kriterien beruht, und insbesondere die ihr zugrunde liegenden therapeutischen Bewertungen öffentlich machen. Im Ausgangsfall ging es um das britische Gesundheitssystem.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-04/cp100038de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-62/09> (Urteil)

3. Mehrheit der Europäer für Maßnahmen gegen Alkoholismus

Nach einer Eurobarometer-Erhebung wird in der EU noch immer genauso viel Alkohol konsumiert wie vor vier Jahren. Drei von vier Befragten gaben an, dass sie bis zu dreimal in der Woche Alkohol trinken. 36 % der Deutschen und Österreicher, die Alkohol konsumieren, geben an, mindestens einmal wöchentlich exzessiv zu trinken. Darunter werden fünf oder mehr alkoholische Getränke hintereinander verstanden. In Irland sind dies 44% und in Rumänien 39%. Der EU-Durchschnitt liegt bei 29%. Junge Menschen im Alter von 15-24 trinken eher als ältere fünf oder mehr alkoholische Getränke hintereinander. Das Bewusstsein für die damit verbundenen Gesundheitsrisiken ist unterschiedlich. Dass hoher Alkoholkonsum die Leber schädigt, ist weithin bekannt; die wenigsten wissen aber, dass er auch Krebs verursachen kann.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/455&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/health/eurobarometers/index_en.htm

IV. Landwirtschaft, Fischerei

b) Landwirtschaft

Menschliche und tierische Gesundheit sind eng verbunden

Diese Botschaft überbrachte die EU-Kommission anlässlich des Welt-Veterinärtags am 24.04.2010. Beispiele seien die Vogelgrippe und das Q-Fieber.

<http://www.worldvet.org/taxonomy/term/24> , www.one-health.eu

c) Fischerei

Fischereivertreter fordern Steuerung von Angebot und Nachfrage

In einer Anhörung vor dem Fischereiausschuss des EP am 08.04. forderten die Produzenten eine klare, transparente Kennzeichnung, und eine Steuerung von Angebot und Nachfrage. Die meisten Fischereifloten machten kaum Gewinne oder sogar Verluste. Derzeit werde 60% des Fischkonsums in der EU aus Importen gedeckt. Unakzeptabel sei, dass die am meisten reglementierte Fischereiflotte der Welt von der EU fixierte Mindestpreise einhalten müsse, während oft schlechtere Produkte zu sehr niedrigen Preisen in die EU eingeführt würden. Der Durchschnittspreis für Fisch sei seit 2005 um 18% gesunken.

Die schwedische EU-Abgeordnete Isabella Lövin (Grüne) zeigte sich skeptisch gegenüber Rücknahmepreisen (bei Unterschreitung eines garantierten Mindestpreises). In Schweden allein

seien in den Jahren 1995-1996 rund 5.000 Tonnen Kabeljau vom Markt genommen worden. „Die europäischen Fischer sollten nicht für die Müllhalde produzieren, sondern für die Verbraucher“, meinte sie.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/033-72116-096-04-15-904-20100406STO72103-2010-06-04-2010/default_de.htm

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Verknüpfung von Unternehmensregistern befürwortet

Bei der Anhörung zum Grünbuch der Kommission über die Verknüpfung von Unternehmensregistern, sprach sich die ganz überwiegende Mehrheit für eine Verknüpfung dieser Register in allen EU-Mitgliedstaaten aus. Dies könne am besten durch eine Ergänzung der ersten Gesellschaftsrechtsrichtlinie (2009/101/EG) erreicht werden. Etwa zwei Drittel der Stellungnahmen befürwortenden einen Ausbau des BRITE (Business Register Interoperability Throughout Europe) -Projekts, das von Teilnehmern des EBR (Europäisches Unternehmensregister) mit Unterstützung der Europäischen Kommission aufgebaut worden ist. Die Kommission wird nunmehr eine Folgenabschätzung der verschiedenen Vorschläge durchführen.

http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/business_registers/2010_consultation_final_report_en.pdf

2. Transparenzgebot bei Dienstleistungskonzessionen

In einem Verfahren gegen die Stadt Frankfurt am Main, Frankfurter Entsorgungs- und Service (FES) GmbH, entschied der Europäische Gerichtshof, wie von Generalanwalt Yves Bot vorgeschlagen, dass bei wesentlichen Änderungen eines Dienstleistungskonzessionsvertrages alle zur Wiederherstellung der Transparenz des Verfahrens erforderlichen Maßnahmen, zu denen auch ein neues Vergabeverfahren gehört, nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des betroffenen Mitgliedstaats gewährt werden. Gegebenenfalls muss das neue Vergabeverfahren nach Modalitäten durchgeführt werden, die den Besonderheiten der betreffenden Dienstleistungskonzession angepasst sind, und ermöglichen, dass ein im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats ansässiges Unternehmen vor Vergabe der Konzession Zugang zu den diese betreffenden angemessenen Informationen erhält. Im Ausgangsfall sah der EuGH allerdings keine Verletzung des Transparenzgebots durch die FES GmbH.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=C-91/08>

b) Wettbewerbsrecht

1. Revidierte Wettbewerbsregeln für vertikale Vereinbarungen

Nach der Gruppenfreistellungsverordnung der Kommission vom 20.04. können Hersteller weiterhin ein exklusives Vertriebsnetz aufbauen. Weder Hersteller noch Vertriebshändler dürfen allerdings einen höheren Marktanteil als 30% haben. Es verbleibt bei einem Verbot der Festsetzung von Mindest- oder Festpreisen. Händlern darf auch nicht untersagt werden, an Kunden außerhalb des zugewiesenen Bereichs zu liefern. Zugelassene Händler dürfen die Produkte ohne Mengenbeschränkungen über das Internet verkaufen. Händlern darf auch nicht verboten werden, die Marken bestimmter konkurrierender Anbieter nicht zu führen. Die Neuregelung tritt am 01.06. in Kraft, mit einer Übergangsregelung bis zum 31.05.11 und gilt bis zum 31.05.2022.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/445&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:102:0001:0007:DE:PDF>

2. Anhörung zu vorübergehenden staatlichen Beihilfen

Die Kommission hat am 17.03. einen zweiten Fragebogen an die Mitgliedstaaten zu der vorübergehenden Lockerung der Beihilfemaßnahmen im Gefolge der Wirtschaftskrise gestartet. Die Abgabefrist ist bis 26.04. verlängert worden.

<http://ec.europa.eu/competition/recovery/publications.html>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Erfolg der Kohäsionspolitik bei Schaffung von Arbeitsplätzen

Die im Zeitraum 2000 – 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) investierten 123 Mrd. EUR haben nach einem Bericht der EU-Kommission in den Regionen deutliche Wirkung gezeigt. Schätzungsweise 1,4 Millionen Arbeitsplätze seien geschaffen worden. 2000 km Autobahnen seien gebaut und 14 Millionen Menschen hätten dank EU-geförderter Projekte besseres Trinkwasser.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/444&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/expost_reaction_en.htm

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/panorama/pdf/mag33/mag33_de.pdf

2. Polen, Tschechien und Slowakei erhalten 1 Mrd. EUR aus Strukturfonds

Polen erhält 633 Mio. EUR, die Tschechische Republik 237 Mio. EUR und die Slowakei 138 Mio. EUR zusätzlich aus den Strukturfonds für 2011-2013. Hauptgrund für diese Aufstockung ist das höhere Wirtschaftswachstum in diesen Ländern. Wenn das kumulierte BIP eines Mitgliedstaats im Zeitraum 2007–2009 um mehr als 5 % von dem im Finanzrahmen 2007-2013 zugrunde gelegten BIP abweicht, werden die Mittel automatisch angepasst. Das sieht die Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung vor. Das Wirtschaftswachstum Polens für diesen Zeitraum ist um 8% höher ausgefallen als angenommen, in der Slowakei und der Tschechischen Republik um 10,8 % bzw. 7,5 %.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/441&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Auftragseingänge in Industrie der Eurozone um 1.5% gestiegen, EU um 1.1%

In der Eurozone (EZ16) hat der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Februar 2010 gegenüber dem Vormonat um 1,5% zugenommen, nach einem Rückgang von 1,6% im Januar 2010. In der EU27 stiegen die Auftragseingänge im Februar 2010 um 1,1%, nach einem Zuwachs von 0,3% im Januar 2010. Im Vergleich zum Februar 2009 nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Februar 2010 in der Eurozone um 12,2% und in der EU27 um 12,7% zu.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/56&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

4. Produktion im Baugewerbe in Eurozone um 3,3% gefallen, EU um 2.9%

Die saisonbereinigte Produktion im Baugewerbe nahm im Februar 2010 gegenüber dem vorangegangenen Monat in der Eurozone (EZ16) um 3,3% und in der EU27 um 2,9% ab. Im Januar fiel die Produktion im Baugewerbe in der Eurozone um 0,9% und um 1,1% in der EU27. Im Vergleich zu Februar 2009 hat die Produktion in der Eurozone im Februar 2010 um 15,2% und in der EU27 um 10,2% abgenommen. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten für Februar 2010 vorliegen, fiel die Produktion im Baugewerbe in sieben Mitgliedstaaten, stieg in fünf und blieb in der Tschechischen Republik unverändert. Die größten Rückgänge wurden in Rumänien (-13,8%), Slowenien (-9,2%), und Spanien (-6,0%) verzeichnet und die höchsten Zunahmen in Ungarn (+6,0%), Portugal (+1,4%) und Deutschland (+1,0%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/53&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

Biodiesel nicht umweltfreundlicher als herkömmlicher Treibstoff

Nach einer bislang unveröffentlichten Studie des Fraunhofer-Instituts für die EU-Kommission können Biokraftstoffe wie Biodiesel aus Sojabohnen bis zu vier Mal mehr klimaschädliche Emissionen schaffen als herkömmlicher Diesel oder Benzin. Biodiesel von nordamerikanischen Sojabohnen habe eine indirekte CO₂-Bilanz von 339,9 Kg CO₂ pro Gigajoule, vier Mal mehr als gewöhnlicher Diesel. Biodiesel aus europäischem Raps habe eine indirekte CO₂-Bilanz von 150,3 Kg CO₂ pro Gigajoule, während Bioethanol aus europäischen Zuckerrüben bei 100,3 Kg liege – beide seien damit wesentlich höher als konventioneller Diesel oder Benzin, die bei etwa 85 Kg liegen. Bioethanol aus Zuckerrohr und Palmöl aus Südostasien komme dagegen auf 82,3 bzw. 73,6 Kg.

<http://www.euractiv.com/de/nachhaltige-entwicklung/bislang-unveroeffentlichter-bericht-enthueellt-schaeden-durch-biodiesel-news->

c) Währung und Finanzen

1. Griechenland beantragt Start des Hilfsmechanismus

Schneller als erwartet, beantragte die griechische Regierung am 23.04. Hilfen durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die EU. Vorausgegangen war ein Zinsanstieg für zehnjährige griechische Staatsanleihen auf fast 9%. Griechenland hofft auf die baldige Auszahlung von Festzins-Darlehen der Euroländer über 30 Mrd. EUR (davon 8.4 Mrd. EUR von Deutschland). Für diese Darlehen gilt bei dreijähriger Laufzeit ein Zinssatz von etwa 5%. Bei längerfristigen Darlehen erfolgt ein Aufschlag von 100 Prozentpunkten pro Jahr. Vom IWF werden 15 Mrd. EUR zu etwa 3% erwartet. Wie von den Finanzministern der Euro-Gruppe am 11. 04. vereinbart, nehmen die Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und der IWF derzeit eine Bewertung der Situation in Griechenland vor und handeln mit den griechischen Behörden ein gemeinsames Programm aus. Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets werden auf dieser Grundlage die Höhe der Unterstützung und die damit verbundenen Auflagen festlegen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113973.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113968.pdf

<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10169.htm>

2. EU braucht Finanz-Krisenlösungsmechanismus

In der Aussprache vor dem Wirtschaftsausschuss des EP am 14.04. berichtete Kommissar Rehn, dass er seit seinem Amtsantritt vor gut zwei Monaten 90% seiner Zeit für die Bewältigung der Griechenland-Krise verwende. Notwendig sei ein permanenter Krisenlösungsmechanismus, „der so unattraktiv sein soll, dass kein Land ihn je in Anspruch nehmen wollen wird“. Die Kommission werde ihre diesbezüglichen konkreten Vorschläge Ende Mai vorlegen. Notwendig sei aber auch eine stärkere Verbindlichkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Gruppenzwang allein reiche nicht aus. Für Eurostat-Generaldirektor Walter Radermacher ist es „klar, dass die **griechische Regierung** verschiedene Finanzderivate mit dem Ziel benutzt hat, die Schulden künstlich zu reduzieren und diese gegenüber Eurostat nicht zu berichten“.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/042-72405-099-04-15-907-20100409STO72392-2010-09-04-2010/default_de.htm

3. Öffentliches Defizit in Eurozone und in EU27 bei 6.3% bzw. 6.8% des BIP

Im Jahr 2009 stiegen das öffentliche Defizit und der öffentliche Schuldenstand sowohl in der Eurozone (EZ16) als auch in der EU27 im Vergleich zu 2008 an, während das BIP fiel. Gemessen am BIP ist das öffentliche Defizit für die Eurozone von 2,0% im Jahr 2008 auf 6,3% im Jahr 2009 gestiegen, und in der EU27 stieg es von 2,3% auf 6,8%. Gemessen am BIP ist der

öffentliche Schuldenstand in der Eurozone von 69.4% (Ende 2008) auf 78.7% (Ende 2009) gestiegen und in der EU27 von 61.6% auf 73.6%. Die höchsten Defizitquoten in der Eurozone wiesen Irland (14.3 %), Griechenland (13.6 %) und Spanien (11.2 %) auf. Zu den **griechischen Zahlen** meldete Eurostat einen Vorbehalt an, weil es Zweifel an der Qualität der gelieferten Daten hat. Das deutsche Defizit lag bei 3.3 %, der Gesamtschuldenstand bei 73.2 %/BIP.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/55&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Neue Defizitzahlen für Griechenland verstärken Krise

Nachdem Eurostat am 22.04. das griechische Haushaltsdefizit für 2009 auf mindestens 13.6%/BIP angehoben hatte, während die bisherige Erwartung bei 12.7% lag, stieg die Zinsbelastung für zehnjährige griechische Staatsanleihen auf 8.83%, den höchsten Wert seit 1998. Die Ratingagentur Moody's nahm ihre Bewertung für Griechenland von A2 auf A3 zurück.

<http://euobserver.com/9/29928/?rk=1>

5. Krise zeigt Änderungsbedarf bei Finanzmarktinфраstruktur

Nach dem am 19.04. von der Europäischen **Zentralbank** veröffentlichten Bericht geht es vor allem um einen besseren Informationsfluss bei Zahlungsausfällen und die Reaktion auf Zahlungsausfälle. Das Eurosystem hat bereits Schritte zur Abhilfe zusammen mit anderen Stellen, insbesondere der EU-Kommission, ergriffen. Hierzu gehört eine verstärkte Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden sowohl auf europäische als auch auf globaler Ebene, aber auch belastbare Infrastruktur für außerbörslich gehandelte Derivate. In Zukunft müsse noch die direkte Überprüfung der Kreditwürdigkeit von kritischen Gegenparteien und die Durchführung von Stresstests für Finanzmarktinфраstrukturen gefördert werden.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100419.en.html>

<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/reportlessonslearnedfinancialcrisis201004en.pdf?2911c9f85800a8afd5dc73d5cebce2ff>

6. Fortschritte bei Abwicklungssystemen für Großzahlungen und Wertpapiere

In ihrem Jahresbericht für 2009 weist die Europäische Zentralbank darauf hin, dass im Bereich der Zentralbankdienstleistungen das Eurosystem mit seinem Großbetragszahlungssystem TARGET2 eine moderne Gemeinschaftsplattform eingerichtet hat, über die die Zentralbanken und Teilnehmer aus 23 EU-Ländern Zahlungen brutto und in Echtzeit abwickeln können. Auch beim Aufbau einer gemeinsamen neutralen Lösung zur Wertpapierabwicklung – TARGET2-Securities (T2S) – seien Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Bis Februar 2010 hätten 29 Zentralverwahrer mit der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding dem Eurosystem gegenüber ihre Bereitschaft erklärt, T2S zu verwenden, sobald das System in Betrieb ist. Außerdem hätten auch die Zentralbanken Dänemarks, Schwedens und Norwegens ihr Interesse daran bekundet, Wertpapiertransaktionen in ihren Landeswährungen über T2S abzuwickeln.

<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/annrep/ar2009de.pdf>

7. Deutsches Schenkungssteuerrecht europarechtswidrig

In seinem Urteil vom 22.04. stellte der Europäische Gerichtshof fest, dass die Vorschriften des EG-Vertrags über den freien Kapitalverkehr der Regelung eines Mitgliedstaats entgegenstehen, die hinsichtlich der Berechnung der Schenkungsteuer vorsieht, dass der Freibetrag auf die Steuerbemessungsgrundlage im Fall der Schenkung eines im Inland belegenen Grundstücks dann, wenn Schenker und Schenkungsempfänger zur Zeit der Ausführung der Schenkung ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat hatten, niedriger ist als der Freibetrag, der zur Anwendung gekommen wäre, wenn zumindest einer von ihnen zu diesem Zeitpunkt seinen Wohnsitz im erstgenannten Mitgliedstaat gehabt hätte. Im Ausgangsfall ist der Klägerin statt 205.000 EUR nur ein Freibetrag von 1.100 EUR gewährt worden

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-510/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-510/08)

8. Kommission besorgt über rumänisches Haushaltsdefizit

Nach einem Treffen mit dem rumänischen Staatspräsidenten Basescu am 22.04. äußerte sich Kommissionspräsident Barroso besorgt über das erhöhte Haushaltsdefizit. Die EU-Kommission, der Weltwährungsfonds IWF und die Weltbank hätten 2009 ein Hilfspaket von 20 Mrd. EUR geschnürt. Eine weitere gemeinsame Mission werde am 26.04. nach Bukarest reisen, um über die Auszahlung der dritten Tranche der Zahlungsbilanzhilfe zu sprechen. Die Begrenzung des Defizits müsse eine klare Priorität sein. Im Übrigen müsse Rumänien Fortschritte bei der Justizreform und der Bekämpfung der Korruption machen. Es sei sehr wichtig, dass die Antikorruptionsbehörde volle Unabhängigkeit und eine solide Rechtsgrundlage zur Durchführung eigener Ermittlungen erhalte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/176&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

9. Erweiterung des externen Mandats der EIB bis 2013

Nach dem Vorschlag der Kommission sollen 2 Mrd. EUR zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt werden. Vorgeschlagen wird auch eine Erweiterung des externen Mandats der EIB auf Island, Weißrussland, Libyen, Irak und Kambodscha.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/450&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Aktionsplan für Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft

Die EU-Kommission legte am 20.04. einen Zeitplan für die kommenden fünf Jahre vor für: die Überarbeitung der Datenschutzrichtlinie, die Stärkung der Rechte der Beschuldigten in Strafverfahren, die europaweite Anerkennung von Gerichtsentscheidungen und Urkunden, die erleichterte grenzüberschreitende Beitreibung von Forderungen (Unternehmen ziehen lediglich 37% ihrer Außenstände in anderen EU-Staaten ein), alternative Streitbeilegungsverfahren, die Förderung des Online-Handels durch ein europäisches Vertragsrecht, dessen Inanspruchnahme den Unternehmen freigestellt wird (2008 waren lediglich 7% der Online-Transaktionen in Europa grenzübergreifend, größeren Schutz für Bürger auf Reisen innerhalb der EU bei der Buchung eines Pauschalangebots oder bei der Anmeldung einer Forderung nach einem Autounfall und besseren konsularischen Schutz bei Reisen außerhalb der EU.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/447&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/news_intro_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/139&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Noch keine Einigung der EU über Beitritt zur Menschenrechtskonvention

Bei der Aussprache im Rat der Justizminister am 23.04. waren insbesondere der Status der EU beim Europarat, die Wahrung der Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes, der Beitritt der EU zu den Protokollen zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg und die Bestellung des Verhandlungsteams umstritten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/113967.pdf (Council JHA)

3. Verhinderung von Wirtschaftskrisen und justizielle Zusammenarbeit

Die EU-Justizminister einigten sich auf ihrer Ratstagung am 23.04. auf Schlussfolgerungen über die Verhinderung von Wirtschaftskrisen und die Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit. Ziel ist die Förderung grenzüberschreitender Aktivitäten, insbesondere von KMU, durch Schaffung einer gemeinsamen Rechtsbasis. Gleichzeitig soll ein hohes Maß an Verbraucherschutz gewährleistet werden. Zu den empfohlenen Maßnahmen gehören auch alternative Streitbeilegungsverfahren.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/113967.pdf (Council JHA)

b) Inneres

1. Aktionsplan für den Bereich Inneres

Für den Bereich Inneres enthält der Aktionsplan der Kommission folgende Vorschläge: (i) Festlegung einer umfassenden Sicherheitsstrategie, die auf die Stärkung der Zusammenarbeit bei Strafverfolgung und Katastrophenschutz sowie bei Katastrophenbewältigung und Grenzschutz zielt. (ii) Aushandlung eines langfristigen Abkommens mit den USA über die Verarbeitung und Übermittlung von Finanztransaktionsdaten zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung. (iii) Prüfung einer EU-Strategie für die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR) zu Strafverfolgungszwecken. (iv) Schutz der europäischen Bürger vor Cyber-Kriminalität. (v) Einführung eines Einreise-/Ausreise-Erfassungssystems. (vi) Prüfung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. (vii) Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen für den Zweck der Saisonarbeit und unternehmensinterne Versetzungen. (viii) Einführung eines gemeinsamen EU-Asylsystems und Förderung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/447&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/news_intro_en.htm

2. Rat einig über Verhandlungsmandat der EU mit den USA zu SWIFT

Der Rat innere Angelegenheiten erzielte am 23.04. eine politische Einigung über ein Verhandlungsmandat für ein Abkommen der EU mit den USA über die Verarbeitung und Übermittlung von Finanztransaktionsdaten zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung. Der förmliche Beschluss soll in einer der nächsten Sitzungen gefasst werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/113967.pdf

IX. Verkehr

Bessere Koordinierung im Luftraum nach Vulkanausbruch in Island

Die EU-Verkehrsminister einigten sich auf ihrer außerordentlichen Ratstagung am 19.04. (per Videokonferenz) auf eine besser koordinierte Krisenreaktion, über die EU-Kommission und Eurocontrol. Kommissionsvizepräsident Kallas sprach von einem echten Fortschritt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/113899.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/142&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. Deutsche Telekom hat Marktmacht missbraucht

In seinen Schlussanträgen schlug Generalanwalt Mazák vor, das Rechtsmittel der Deutschen Telekom gegen das Urteil des Gerichts (damals Gericht erster Instanz) zurückzuweisen, welches die [Entscheidung vom 21. Mai 2003](#) der Kommission bestätigt hatte. Die Kommission hatte eine Geldbuße von 12.6 Mio. EUR verhängt, weil für den Zugang der Wettbewerber zum Netz („Vorleistungen“) Entgelte berechnet worden seien, die höher gewesen seien als die Entgelte, die den Endkunden der Deutschen Telekom in Rechnung gestellt worden seien.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-280/08%20P](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-280/08%20P)

2. EU investiert 500 Mio. EUR in neue IKT-Technologien

Kommissionsvizepräsidentin Kroes präsentierte am 20.04. Projekte für intelligente Handprothesen und zur Bekämpfung von Gleichgewichtsstörungen und Schwindel.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/140&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

Reflexionsgruppe zur Digitalisierung des Kulturerbes

Kommissionspräsident Barroso gab am 21.04. bekannt, dass er drei Persönlichkeiten, Maurice Lévy (Generaldirektor von Publicis), Elisabeth Niggemann (Leiterin der Deutschen Nationalbibliothek) und Jacques De Decker (Schriftsteller) um die Erarbeitung von Vorschlägen bis zum Jahresende gebeten habe, wie die Digitalisierung kultureller Werke in der EU beschleunigt werden könne. Die Gruppe wird Kommissionsvizepräsidentin Kroes und Kommissarin Vassiliou berichten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/456&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>
www.europeana.eu